

158/J

12. Dez. 2006

ANFRAGE

der Abgeordneten Petra Bayr und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend
Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen EU und AKP-Staaten.

Seit 2002 verhandeln die Europäische Union und die 78 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) über neue Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Diese Freihandelsabkommen haben zum Ziel, mit der Weltwirtschaftsorganisation (WTO) konforme Handelsregeln zu vereinbaren, die bestehenden Handelshemmnisse schrittweise zu beseitigen, auf den Initiativen der AKP-Staaten zur regionalen Integration aufzubauen, die Armut zu beseitigen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Verhandlungen sollen bis Ende 2007 abgeschlossen sein.

Die AKP-Staaten wurden aufgefordert, ihre Märkte zu liberalisieren und sich auf neue, „auf Gegenseitigkeit“ beruhende regionale Handelsregelungen mit der EU einzulassen. Aufgrund des sehr unterschiedlichen Entwicklungsstandes der einzelnen Länder ist dies als sehr problematisch einzuschätzen – die EU ist weltweit größter Einzelmarkt, 27 der ärmsten Länder der Welt sind AKP-Staaten. Deshalb fordern auch viele Nichtregierungsorganisationen (NRO) von der EU in diesem Zusammenhang eine differenzierte Sonderbehandlung für arme Länder. Angesichts der Ausgangslage bedürfte es der Entwicklung alternativer Handelsabkommen, die auf dem Prinzip der Nicht-Reziprozität beruhen und die Idee der besonderen und differenzierten Behandlung von armen Ländern verankern.

Die Mehrheit der Menschen in Afrika lebt von der Landwirtschaft, sodass weitere Liberalisierungen im Agrarbereich negative Auswirkungen für die Bevölkerung befürchten lassen, zumal ihre Ernährungssouveränität damit bedroht wäre. Für die meisten afrikanischen Bauern ist vor allem der Zugang zum eigenen Markt von Bedeutung und nicht der Export. Jene Bauern, die im Export tätig sind (z.B. Kaffee, Kakao) kämpfen seit Jahren mit der Preiskrise für ihre Rohstoffe. Die bisherige Exportorientierung bei gleichzeitiger Öffnung der eigenen Märkte hat den Anteil Afrikas am Welthandel nicht vergrößert. Allfällige Volumensteigerungen beim Export haben durch den extremen Rohstoff-Preisverfall keinen Wohlstandgewinn für afrikanische Bauern erbracht (die Kaffeepreise sind in den letzten zwei Jahrzehnten um 50% gesunken). Eine weitere Liberalisierung aufgrund dieser negativen Bilanz kann daher nicht zielführend sein.

In vielen AKP-Staaten macht der Anteil der Einnahmen durch Importzölle ein Drittel der gesamten Staatseinnahmen aus. Es ist zu befürchten, dass durch die EPAs aufgrund von Verlusten bei Zolleinnahmen die Einkünfte in den AKP-Staaten sinken und sich negativ auf staatliche Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Armutsbekämpfung auswirken werden. Mehr Mittel werden auch für Anpassungskosten notwendig sein, um den zunehmend anspruchsvolleren technischen und hygienischen Standards für den Export in die EU zu genügen.

Es bestehen daher Zweifel, dass die Liberalisierung des Handels als Instrument der Entwicklungspolitik Wirkung zeigen kann. Vielmehr ist zu befürchten, dass die EU versuchen wird, das durchzusetzen, was in der WTO bislang nicht gelang. Beispielsweise sind Themen, gegen die sich die AKP-Staaten in der WTO immer schon hartnäckig gewehrt haben, nun im Rahmen der EPAs wieder neu auf dem Verhandlungstisch: Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen. Nicht zuletzt könnte auch die kurze Umsetzungsfrist von nur 10 Jahren in einigen Ländern zu wirtschaftlichen Turbulenzen führen.

Auch das Europäische Parlament („Entwurf einer Entschließung über die Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auf die Entwicklung“) zeigt sich beunruhigt, dass allzu rasches Streben nach Gegenseitigkeit in den Handelsbeziehungen zwischen EU und AKP-Staaten sich auf die anfälligen Volkswirtschaften der AKPs verheerend auswirken könnten. Das EU-Parlament fordert daher ein Überdenken der angestrebten Handelsliberalisierung und mehr Transparenz in Bezug auf die Fortschritte und den Inhalt der Verhandlungen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit – auch in seiner Rolle als Mitglied des EU-Handelsministerrates – folgende

Anfrage:

1. Welche Position hat Österreich bislang innerhalb der EU bezüglich EPA vertreten?
2. Welche inhaltlichen Schwerpunkte haben Sie bezüglich EPA innerhalb der EU bislang eingebracht?
3. Konnten Sie sich innerhalb der EU mit diesen Schwerpunktsetzungen durchsetzen bzw. wie war die Reaktion darauf?
4. Welche Prioritäten setzen Sie bezüglich der EPA?
5. Erachten Sie es als wichtig, die EPA zu einem entwicklungspolitischen Instrument zu machen?
6. Wie sollen die EPA mit anderen entwicklungspolitischen Instrumenten harmonisiert werden?
7. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die EPA zu einem entwicklungspolitischen Instrument zu machen?
8. Welche möglichen Hemmnisse stehen dem im Wege und wie können diese ausgeräumt werden?
9. Wenn Ihrer Meinung nach EPA kein entwicklungspolitisches Instrument sind, warum nicht?

10. Wie beurteilen Sie die Chance für alternative Handelsabkommen, die auf dem Prinzip der Nicht-Reziprozität beruhen und die Idee der besonderen und differenzierten Behandlung von armen Ländern verankern?
11. Welche diesbezüglichen Initiativen wollen Sie setzen?
12. Wie beurteilen Sie den weiteren Liberalisierungsdruck auf den Landwirtschaftssektor der AKP-Staaten hinsichtlich der Gefährdung der Ernährungssouveränität dieser Länder?
13. Welche Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährungssouveränität der AKP-Staaten wollen Sie setzen?
14. Wie schätzen Sie die Auswirkungen der verminderten Zolleinnahmen in den AKP-Ländern durch die EPA ein?
15. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass öffentliche Dienstleistungen, die zu einem guten Teil durch bisherige Zolleinnahmen finanziert wurden, in den AKP-Ländern weiterhin gewährleistet werden können?
16. Wie beurteilen Sie die Bedenken des Europäischen Parlaments („Entwurf einer Entschließung über die Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auf die Entwicklung“)?
17. Wie werden Sie diesen Bedenken entgegentreten?
18. Wie stehen Sie zu einem Überdenken der Handelsliberalisierungen?
19. Wie wollen Sie Transparenz in den laufenden Verhandlungen gewährleisten?
20. Halten sie die EPA für ein Umgehen der stockenden WTO-Verhandlungen?
21. Wenn ja, wie argumentieren Sie den EU-Alleingang?
22. Wie schätzen Sie den Weitergang der Doha-Runde ein?
23. Rechnen Sie mit einem Abschluss und wenn ja, wann?
24. Gehen Sie davon aus, dass die EPA-Verhandlungen mit Ende 2007 abgeschlossen sein werden?

Pedro Pablo Kuczynski
Andreas Kurland
Michael S. S. S.
Michael S. S. S.